

# Vorwort

Die Europäische Union gehört zweifellos zu den besonders intransparenten Phänomenen, mit denen das politische Leben bisher umzugehen hatte. Intransparenz aber veranlasst Distanzierung. Europa hat dramatisch an Macht gewonnen, aber nicht an Zustimmung der Bürger. Der Euro-Rahmen hat über viele hunderte Milliarden zu entscheiden – aber Hintergründe, Anlässe, Interessen, Ziele bleiben unklar und sind von den Europäern kaum noch nachvollziehbar. Die Verhandlungen über den EU-Haushalt für die kommenden Jahre boten keinen anspruchsvollen konzeptionellen Diskurs. Nimmt man die weltpolitische Mitverantwortung Europas in dieses Problem- und Aufgabenspektrum hinzu, dann wird das Dilemma evident: Ein intransparentes, kaum legitimes Europa mit ungeklärten Führungsstrukturen kann nicht die Antwort auf die großen historischen Herausforderungen bieten. Nach dem konstitutionellem Jahrzehnt (1999 bis 2009) führen die Reaktionen der EU in der Krisenepoche zu einer weiteren Steigerung der Komplexität. Das Jahrbuch berichtet zeitnah über das Ringen um europäische Antworten auf die zentralen Herausforderungen und analysiert die überlebensnotwendigen Grundsatzdebatten über die Zukunft der Europäischen Union.

Das *Kapitel zu den Institutionen der EU* widmet sich der institutionellen Architektur der Europäischen Union. Beobachtern bleibt die Spannung nicht verborgen zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rates, dem Präsidenten des Ministerrates, dem Präsidenten der EU-Kommission, dem Vorsitzenden des Euro-Rates, den Sprechern des Europäischen Parlaments, den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und je nach Aufgabe zusätzlich dem Präsidenten der Europäischen Zentralbank und der Hohen Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik. Die Frage wer für welche europäischen Aufgaben wirklich die Führungsverantwortung hat, bleibt gegenwärtig unbeantwortet. Es fehlt der klare Blick auf eine angemessene Zuordnung von Kompetenzen.

Zur Überwindung der Diskrepanz von internationalisierter Problemstruktur, teilweise nationaler, teilweise europäischer und nationaler Legitimationsstruktur ist eine klare Deutung und eine transparente Erklärung des Machttransfer notwendig. Im *Kapitel zur Innenpolitik der Europäischen Union* wird deutlich, dass nur noch sehr wenige Ausschnitte der Politik nicht in europäischer Hand sind: Die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme und Teile der Kulturpolitik. Alles andere ist europäisiert und hat durch das finanzpolitische Krisenmanagement einen zusätzlichen, markanten Macht-Schub erhalten. Entscheidend ist daher die Klärung der Frage, welche Entscheidungen und Regelungen tatsächlich auf europäischer Ebene getroffen werden müssen, da die Mitgliedstaaten in der globalisierten Wirklichkeit von heute dazu alleine kaum mehr in der Lage sind.

Im *Kapitel zur Außenpolitik der Europäischen Union* bleibt die Finanzkrise und ihre Folgen weiter präsent. Zwar agiert die Europäische Kommission insbesondere in der Außenwirtschaftspolitik und bei den beiden Portfolios Nachbarschaft und Entwicklung weiterhin mit starkem eigenen Profil, allerdings stößt ein gemeinsames europäisches Handeln, etwa gegenüber Syrien, weiterhin an seine Grenzen.

Nicht nur zur außen- und sicherheitspolitischen Krisenbewältigung wird weiterhin „Mehr Europa“ gefordert, welches mit einem weiteren Souveränitätsverzicht der Staaten

und einem Machtzuwachs der Europäischen Union einhergeht. Die Frage nach der Legitimation Europas ist damit vehementer als je zuvor gestellt, wie sich insbesondere im *Kapitel zur politischen Infrastruktur* zeigt. Dieses ist der Öffentlichen Meinung und den Europäischen Parteien gewidmet, genauso wie den Mitgestaltungsmöglichkeiten der nationalen Parlamente. Die Frage nach der Legitimität des europäischen Einigungsprozesses wird nur dann befriedigend zu beantworten sein, wenn der Bürger Europa als „sein Europa“ erfahren kann.

Die europäische Ebene verzeichnet also einerseits einen Bedeutungsgewinn – andererseits aber unterscheidet sie sich in nichts vom Erosionsprozess der politischen Kultur in den Mitgliedstaaten. Unsere Autorinnen und Autoren berichten im *Kapitel zur Europa-politik in den Mitgliedstaaten* über die innen- und außenpolitischen Entwicklungen in den 28 EU-Ländern. In vielen Mitgliedstaaten haben Wahlen stattgefunden, die trotz des großen Krisendrucks als Konsequenz Stabilität boten. Das galt für Staaten wie Irland, Spanien, Zypern, Portugal, Griechenland, weniger für Italien. Gleichzeitig muss man in etlichen Staaten ein Wachsen populistischer oder extremistischer Kräfte registrieren. Ihre Magnetwirkung übt die Europäische Union dennoch weiterhin aus. Kroatien trat am 1. Juli 2013 als 28. Mitgliedstaat der Europäischen Union bei. Lettland wird der Euro-Zone als 18. Mitgliedstaat am 1. Januar 2014 beitreten.

Weitere Erweiterungsrounds sind trotz alledem nicht in naher Zukunft vorgesehen. Thematisiert wird die Erweiterungspolitik der Europäischen Union und die Entwicklungen in den Beitrittskandidaten im *Kapitel zur Erweiterung der Europäischen Union*. Selbst wenn sich die Europäer nach der Niederschlagung der Demonstrationen durch die türkische Regierung im Sommer 2013 zur Öffnung eines weiteren Beitrittskapitels mit der Türkei entschieden haben, ein Beitritt des Lands am Bosphorus ist in weitere Ferne gerückt. Fortgesetzt hat die EU hingegen mit dem Entschluss, spätestens im Jahr 2014 Beitrittsverhandlungen mit Serbien aufzunehmen, ihre Politik gegenüber dem Westlichen Balkan.

Das *Kapitel zur EU und anderen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen von EU und NATO.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 33. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf den Internetauftritt des Jahrbuchs der Europäischen Integration unter „[www.Wissen-Europa.de](http://www.Wissen-Europa.de)“ hinzuweisen. Durch die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 stehen dort einem breiten Publikum drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung des Projekts durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt insbesondere den Autorinnen und Autoren, die das Jahrbuch über so viele Bände begleitet haben und deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Isabelle Tannous danken wir herzlich, ohne ihre großartige Redaktion wäre die Realisierung dieses Projekts nicht möglich.